



Mittheilungen des Breslauer Monatsblattes für Breslau und Thüringen, außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Inseritionsgebühr für den Raum einer fünfseitigen Seite in Petitschrift 2 Sgr.

Nr. 535. Mittag-Ausgabe.

Freundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewoldt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Donnerstag, den 14. November 1872.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

2. Sitzung des Herrenhauses.

12 Uhr. Der Präsident verkündet das Resultat der Schriftführerwahl; gewählt sind: Frhr. v. Romberg, Beyer, Graf Carmer, Graf Leibnitz, v. d. Marburg, Frhr. v. Gaffron, v. Gugmerow, Graf Allesburg, v. Kochow, Graf Schuleburg-Veckendorf, Graf Rothkirch-Trach. Zum Mitglied der Matritencommission wird mit 52 von 60 Stimmen Geb. Rath Wildens an Stelle des ausgeschiedenen Herrn v. Plötz gewählt.

Nächste Sitzung unbestimmt.

2. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

11 Uhr. Die Abtheilungen haben sich konstituiert.
I. v. Saucken-Juliusfelde (Vorsitzender), v. Podelschwingh (Stellvertreter), Wallachs (Schriftführer), Maik (Stellvertreter).
II. Lasker, Phillips, v. Saltern, v. d. Goltz (Dramburg).
III. v. Rönne, Graf Bethy-Huc, Wachler (Oels), Donalies.
IV. Lampugnani, Birchow, Richter, Mithoff.
V. v. Wedell-Malschow, Haude, Lieber, Witte.
VI. v. Kölker, Schmidt (Stettin), v. Saucken-Insterburg, Ellering.

Alsdonn wurde zur Wahl des ersten Präsidenten geschritten, deren Ergebnis leitstufeln der provisorische erste Präsident dem Vizepräsidenten v. Kölker überließ. Von 269 abgegebenen Stimmzetteln trugen 247 den Namen des Abgeordneten v. Forckenbeck, 16 Zettel, unzweifelhaft der polnischen Abgeordneten, waren unbeschrieben, 1 ungültig, je 1 Stimme erzielten Birchow, Kantak, v. Bennigsen, Löwe und Berger. Präsident von Forckenbeck erklärte sich zur Annahme der Wahl bereit und nahm den Präsidentenstift, den er nur für kurze Zeit verlassen, mit folgender Erklärung wieder ein: "W. H., ich nehme die Wiederwahl mit dem lebhaftesten und tiefesthetischsten Danke an und verspreche alle meine Kräfte aufzuwenden für eine objective Leitung der Geschäfte und für eine gerechte Handhabung der Geschäftsordnung dieses Hauses. Bevor ich zur Wahl des ersten Vizepräsidenten schreite, habe ich noch einige geschäftliche Mitteilungen zu machen: zunächst die von gestern erfolgten Constitution des Herrenhauses. Ferner ist mir folgendes Schreiben des Staatsministeriums zugegangen:

"Die bisherige Praxis, wonach die auf Grund allerhöchster Ermächtigung an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen den betreffenden Departements-Chefs persönlich in einer Sitzung des einen oder des anderen der beiden Häuser überreicht wurden, hat sich in wiederholten Fällen einer raschen Geschäftsförderung als hinderlich erwiesen, indem der Ueberreichung solcher Vorlagen jedesmal bis zur Anberaumung einer Sitzung Anstand gegeben werden mußte. Im Gedieht der Reichsverwaltung ist ein anderes Verfahren eingeführt, indem die Vorlagen der verbündeten Regierungen mittelst Schreibens des Reichskanzlers dem Präsidenten des Reichstags zugefertigt werden. Zur Einführung eines gleichen Verfahrens auch für den Bereich der preußischen Staatsverwaltung ist jetzt um so mehr eine Veranlassung gegeben, als die für das Haus der Abgeordneten in der Sitzung vom 25. v. M. eingeführte neue Geschäftsordnung im Wesentlichen derjenigen des Reichstags entspricht, so daß künftig über alle Regierungsvorlagen eine decimalische Berathung im Plenum des Hauses stattfindet, von welcher sich die erste auf eine allgemeine Discussion über die Grundsätze der Vorlage zu richten hat. Diese erste Berathung wird die geeignete Gelegenheit darbieten, um seitens der Staatsregierung diejenigen allgemeinen Darlegungen zu geben, mit welchen bisher in vielen Fällen die Vorlagen gleich bei der Einbringung begleitet wurden. In Erwähnung dieser Verhältnisse hat das Königliche Staatsministerium den Beschluß gefaßt, die persönliche Einbringung von Regierungsvorlagen künftig nur in denjenigen Fällen stattfinden zu lassen, in welchen dies nach dem Dafürhalten der mit Vorlegung allerhöchster beauftragten Ressorts aus besonderen Gründen, z. B. bei Vorlegung des Staatshaushaltsetats oder bei sonstigen Vorlagen von besonderer Wichtigkeit, angemessen erscheint, abgesehen von solchen Fällen aber die Vorlagen der Regierung, nebst der allerhöchsten Ermächtigung mittelst Schreibens dem Präsidenten des jeweiligen Hauses zuzustellen, an welches die Vorlegung erfolgen soll.

Etw. Hochwürdige geboren beehe ich mich, hiervon ganz ergebenst in Kenntnis zu setzen.

Berlin, 12. November 1872.
Für den Präsidenten des Staatsministeriums.

v. Roos.

Auf Grund dieses veränderten Verfahrens stand dem Präsidenten bereits zwei Vorlagen des Finanzministers zugänglich, die eine betreffend die Tagegelder und Reisekosten der Staatsbeamten, die andere betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 1. Mai bezüglich der Klassens- und Klassifizirten Einkommenssteuer. Beide Vorlagen werden dem Druck übergeben und zur geeigneten Zeit zur ersten Lesung gestellt werden.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde Abg. v. Kölker mit 263 von 270 Stimmen gewählt. (4 Zettel waren unbeschrieben, je 1 Stimme erhielten Löwe, v. Bennigsen und Devens.) Abg. v. Kölker nahm die Wahl mit herzlichem Dank für das ihm geschenkte Vertrauen an. Desgleichen Abg. v. Bennigsen die Wahl zum zweiten Vizepräsidenten, bei der er 164 von 254 Stimmen erhielt. (34 Zettel waren unbeschrieben, 50 Stimmen erhielt Reichenberger (Coblenz), v. Meyer (Arnswalde) 2, Birchow, Löwe, G. Richter und v. Liebermann je 1 Stimme).

Vor vor nun endlich zur Wahl der Schriftführer geschritten wurde, deren Resultat nach altem Brauch erst in der folgenden Sitzung verkündigt wird, verständigte sich das Haus in Betreff der Einsetzung von Fachcommissionen mit seinem Präsidenten dahin, daß zunächst nur ein Bedürfnis vorhanden sei eine Commission für die Geschäftsordnung von 14 Mitgliedern, eine für Petitionen von 28 Mitgliedern und eine für den Staatshaushalt in der Starke von 21 Mitgliedern einzurichten. Abg. Birchow empfaßt zur alten Starke der Budgetcommission von 35 Mitgliedern zurückzukehren, aber Lasker, von Bennigsen, Heise und Graf Bethy-Huc gaben aus verschieden Gründen dem Vorschlage des Präsidenten zu, sie nur aus 21 Mitgliedern bestehen zu lassen, den Vorzug und das Haus trat ihm schließlich bei, nachdem es auch einen vermittelnden Vorschlag von Mütsche-Gollande's, 28 Mitglieder, wurde geltend gemacht der Vortheil großer Beweglichkeit und die Rücksicht Commissionsprüfung, die in jeder Legislaturperiode wenigstens einmal statt finden sollte, für die Zukunft abzufreden und dem Hause diese Procedur zu verleihen, zugleich wurde darauf hingewiesen, daß sich der Umfang des preußischen Staatshaushalts durch Auscheidung der Guts des Kriegs, des auswärtigen Ministeriums, der Post- und Telegraphen-Verwaltung, gegen früher erheblich vermindert habe, und die Zahl von 21 Mitgliedern daher jetzt ausreichen werde, um die Arbeit richtig zu verteilen und erschöpfende Referate zu ermöglichen.

Abg. Birchow berief sich dagegen auf die Erfahrungen der alten Budgetcommission, die zur Entscheidung dieser Frage einen besseren Maßstab liefern, als die Ergebnisse der commissarischen Tätigkeit bei einer Budgetprüfung im Plenum, wie sie in den letzten Jahren beliebt wurde. Die Fortschrittspartei stimmte mit ihm, blieb aber, wie gesagt, in der Minorität, nachdem Abg. v. Malinckrodt bemerkte hatte, daß man die von der Budgetcommission in ihrer alten Starke begangene Fehler zur Genüge leine. Diese drei Fachcommissionen werden am Sonnabend gewählt und das Resultat der Wahl an demselben Tage mitgetheilt werden.

Kraft seiner Befugniß ernannte Präsident v. Forckenbeck zu Quästuren die Abgeordneten Haebler und Richter (Hirschberg) und setzte die nächste Sitzung auf Sonnabend 1 Uhr zum Zwecke geschäftlicher Mitteilungen ein. Schlüß der heutigen Sitzung 2½ Uhr.

Zu Schriftführern werden voraussichtlich gewählt die Abggs. Böhmer, Sachse, Delius, v. d. Goltz (Dramburg), v. Saucken (Insterburg), Dr. Lieber, Graf Reventlow und Schmidt (Sagan).

Berlin, 13. Novbr. [Amliches] Se. Majestät der König hat dem Militärbevollmächtigten bei der kaiserlich königlichen österreichisch-ungarischen Botschaft in Berlin, Obersten Grafen v. Welsersheim, den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem kaiserlich österreichischen Hauptmann Con-

bay Ritter von Waterford, dem königlich bayerischen Rittermeister Freiherrn v. Redt vom 1. Kürassier-Regiment (Prinz Carl von Bayern) und Adjutanten Sr. königlichen Hoheit des Herzogs Maximilian in Bayern, und dem Monsignore Sensi di Francea zu Correto den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem Notar Bacchetti zu Rom und dem Advokaten Cabi dagebst den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Königin hat dem großherzoglich badischen Hof-Astronomen, Professor Dr. Schönfeld zu Mannheim, den Röthen Adler-Orden

und haben hierbei die in Gemeinschaft mit dem Delegirten des Abgeordnetenhauses getroffen Vereinbarungen des Ministers des Innern die Zustimmung der Majorität der Minister gefunden. In Betreff der Form, welche nunmehr die Vorlage erhalten hat, hören wir, daß dieselbe allerdings eine sehr große Zahl von Veränderungen aufzuweisen hat, dieselben sind jedoch zum bei Weitem größten Theil nur redaktioneller Natur. Von hervorragenden principiellen Aenderungen hören wir, daß in dem § 7 (§ 8 der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses) die Bestimmung, welche im Falle der Weigerung zur Annahme eines unbesoldeten Amtes ohne genügende Entschuldigung den Betreffenden in eine Strafe nimmt, indem sie eine facultative Erhöhung der Kreisabgaben zuläßt, einen Zusatz erhalten hat, nach welchem diese Abgaben-Erhöhung im Betrage von $\frac{1}{2}$ bis zu $\frac{1}{4}$ der bisherigen Abgabenhöhe ausgesprochen wird.

Ferner wird in demselben Paragraphen, die Bestimmung der Verlustigerklärung der Ausübung des Rechtes auf Theilnahme an der Verwaltung und Vertretung des Kreises, welches bisher obligatorisch ausgesprochen wurde gleichfalls wie die Geldstrafe fast statutär verhängt. — In dem § 16 (§ 20 der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses) ist ferner in dem neuen Entwurf die einstweilige Bestrafung der Beamten von den Belägen zu den Kreisabgaben ausgesprochen. Auch in Betreff der Zusammensetzung der einzelnen Amtsbezirke, für welche die frühere Vorlage, eine bestimmt abgegrenzte Zahl festsetzte, ist eine Aenderung dahin vorgenommen, daß diese bestimmten Minimal- und Maximal-Grenzen in Weißfall kommen.

Die Vorlage wird, wie wir hören, am Freitag an das Abgeordnetenhaus gelangen. So wie die Dinge jetzt liegen, läßt sich eine Annahme derselben durch das Abgeordnetenhaus erwarten. Die Mittelparteien sind bereits für die Annahme derselben, auch die Conservativen sollen sich zum allergrößten Theil für die pure Annahme entschieden haben. Die Fortschrittspartei wird allerdings bei der Diskussion Aenderungs-Anträge einbringen, da jedoch der Minister des Innern eine jede Aenderung der Vorlage als das Zustandekommen derselben gefährdet bezeichnet haben soll, so ist wenig Aussicht für die Annahme dieser Anträge vorhanden. Die einzige Opposition, welche der Vorlage erwachsen könnte, würde aus der Partei der Ultramontanen hervorgehen, diese aber würde ohne Bedeutung für ihre Annahme sein.

D. R. C. [Herr v. Kleist-Rehov] hat sich in den Schwimmwinkel nach Kiel zurückgezogen und beim Präsidium des Herrenhauses einen Urlaub auf unbestimmte Zeit erbeten.
D. R. C. [Der geschäftsführende Ausschuß] des Congresses deutscher Landwirthe hat in den letzten Tagen hier eine Sitzung abgehalten und durch Majorität den Beschluß gefaßt, in dem Jahre 1873 keinen Congress deutscher Landwirthe einzuberufen.
D. R. C. [Der Abgeordnete Landrat von Dalwigk] hat sich der freiconservativen Fraction des Abgeordnetenhauses angeschlossen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] ist gestern Vormittag um 11½ Uhr von Dresden in Coblenz eingetroffen. Zum Empfang waren an der Brückentrampe, von wo Ihre Majestät Sich nach dem Königl. Residenzschloß begab, der Ober-Präsident v. Bardeleben, der Gouverneur v. Beyer und der Landrat Freiherr v. Frenz anwesend.
(Reichsanz.)

= Berlin, 13. Nov. lv. Forckenbeck. — Die Kreisordnung. — Niedergeschlagenheit im Herrenhause. — Der Handelsminister. — Das Reichsbeamtengeges. — Die heutige Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus ergab die Wiederwahl des früheren Präsidiums. Aufallend war, daß die Fortschrittspartei bei der Wahl Bennigsen zum zweiten Vizepräsidenten mit welchen Zetteln stimmte, da sie für den Kandidaten der Centrumsfraction (August Reichensperger) doch nicht füglich stimmen konnte. Leider wird dem Hause im Verlauf der Session eine nochmalige Wahl des ersten Präsidenten nicht erspart bleiben. Wir hören mit Bestimmtheit, daß die Stadt Breslau ihren Oberbürgermeister, den jetzigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Forckenbeck zur Vertretung für das Herrenhaus präsentieren und Herr von Forckenbeck darauf eingehen wird. Für das Abgeordnetenhaus entsteht hierdurch eine fühlbare schwer auszufüllende Lücke. In den Fractionen haben Besprechungen über die Erstwahl bereits begonnen, da diese voraussichtlich schon nach Erledigung der Kreisordnung an das Abgeordnetenhaus herantreten dürften.

— Die Kreisordnungsvorlage soll am Freitag an das Abgeordnetenhaus gelangen und damit stände wohl längstens bis zum künftigen Dienstag, 19. d. M., die erste Lesung zu erwarten. Der Entwurf wird nicht an eine Commission verwiesen werden und möchte wohl in der Fassung, in welcher ihn die Regierung jetzt einbringt, die unveränderte Zustimmung des Hauses finden. Dies Resultat hatten die Verständigungen zwischen dem Minister des Innern und den Abgeordneten in das Auge gefaßt. Unstreitig werden einzelne Amendements nicht aussbleiben jedoch möchte dieselben um so weniger auf Annahme zählen können, als mit den Mittelparteien nun auch die äußerste Rechte für die Regierungsvorlage stimmen wird. — Im Herrenhause herrscht eine sehr große Niedergeschlagenheit. Die Absicht, eine Adresse an den Kaiser zu erlassen, schertete in der Fraction Stahl an dem Hinweise darauf, daß Angesichts des Umstandes der Sessions-Eröffnung durch den Minister der Weg der Adresse von vorn herein abgeschnitten sei. Von allen Seiten versichern Mitglieder des Herrenhauses, die neue Kreisordnungsvorlage werde dort nicht wieder scheitern. Ob diese Versicherungen jetzt etwas helfen werden, scheint dann doch zweifelhaft zu sein. In parlamentarischen Kreisen bleibt man dabei stehen, daß der Rücktritt des Handelsministers in nicht allzu ferner Zeit bevorstehe und ein hervorragendes Mitglied des Abgeordnetenhauses, ein junger Beamter von eminenter Begabung, gerade in diesem Ressort seine jetzige hohe Stellung mit dem Portefeuille des Handelsministers vertragen werde. — Zu den Lagegelegenheiten, welche nach dem entschiedenen Willen der Reichsregierung in der nächsten Session des Reichstages ihre Erledigung finden sollen, gehört in erster Reihe das Reichsbeamten-Gesetz. Der Entwurf ist neuerdings wieder den Bundesstaaten zur Begutachtung zugegangen, doch fehlen die Gutachten noch von mehreren Seiten. Auch Preußen hat sich u. A. über seine Stellung zu dem Gesetz noch nicht schließen gemacht.

D. R. C. [Der neue Entwurf der Kreisordnungsvorlage] ist, wie wir hören, nunmehr vollendet, und heute Vormittag dem Minister des Innern vorgelegt worden, der denselben nunmehr dem Kaiser zur Genehmigung unterbreiten wird. Die letzte Berathung des Staatsministeriums fand gestern Abend in Betreff der Vorlage statt,

[Sr. M. Corvette „Hertha“] mußte am 11. d. Mts. wegen heftigen nördlichen Sturmes bei Dover zu Ankunft gehen.
[Der I. Criminalsenat des Obertribunals] verhandelte soeben folgenden Preß-Prozeß in der Mäßigkeits-Instanz. In den Nummern 2, 4 und 5 der am 3., 5. und 6. October hier selbst unter der Redaction und im Verlage von Voigt erschienenen „Demokratischen Zeitung“ hatten sich von dem Schriftsteller Löbel verschaltete Leitartikel befunden, welche unsere militärischen Institutionen belästigten und eine Fülle positiver Beleidigungen des Soldatenstandes enthielten. Ferner war in Nr. 9 der gedachten Zeitung ein von demselben Verfasser enthaltener, welches einige Episoden aus der polnischen Revolution der dreißiger Jahre schildernd in offenkundiger Weise seine Sympathie für die mit „Zutritt“ behandelte und von Blutsaugern ihres Markes verbraute polnische Nation“ zu erkennen gab und von dem Bataillons-Kommandeur des Kaiserreichs, von der zum Heile der städtischen Buchtgorischen Knochen des Kaiserreichs, von der zum Heile der städtischen Buchtgorischen Knochen des Kaiserreichs, von dem landesbürgerlichen Geiste sprach, indem alle diese Ausdrücke in einer Rede enthalten waren, welche ein damaliger erregter polnischer Revolutionär gesprochen haben sollte, der endlich seinem Grimmel gegen die Theilungsmächte auch noch dadurch Ausdruck verlieh, daß er sie mit drei durch den polnischen Aufstand wieder zusammengeführten Gefilden verglich. Sämtliche Stellen erschienen der Staatsanwaltschaft wider die Gelehrte verstoßend und das Stadtgericht verurtheilte nach erhobener Anklage gegen Voigt und Löbel beide wegen Verächtlich-

* Das ist wohl noch nicht so bestimmt.

D. R. C.

machung der stehenden Heere Deutschlands auf Grund § 131 Reichstrafgesetzes und wegen Beleidigung des Bundesoberhauptes zu je sechs Monaten Gefängnis, indem es in der lebterwähnten Novelle einen verhüllten Anachronismus erblieben zu müssen glaubte. Die hiergegen seitens der Verurtheilten eingelegte Appellation fügte besonders gegen den zweiten Theil des thätsächlichen Feststellung des Vorberichters zu protestieren, indem sie ausschreibt, daß die gegenwärtige Lage Deutschlands nicht in das Bereich der Betrachtungen gezogen und unter den drei Geiern die drei Mächte der heiligen Allianz verstanden seien, namentlich habe des jetzigen deutschen Kaiserreichs die Novelle keine Erwähnung gehabt, sondern nur auf die in den dreißiger Jahren auftretenden Bemühungen einiger romantischer Köpfe, ein römischs Kaiserreich auf feudaler Basis wiederherzustellen, gezielt. Das Kammergericht erachtete nach stattgefunderner neuer Beweisaufnahme diese Deduction für zutreffend, vermeinte in den in der Novelle ange deuteten Umwidlungen nicht die in der Zeit von 1866 bis 1871 in Deutschland geschehenen erkennen zu müssen und identifizirt mit den drei Geiern die damaligen Hertcher Preußens, Österreichs und Russlands. Aus diesen Gründen das Nichtvorhandensein einer Beleidigung des deutschen Bundesoberhauptes annehmen erkannte es auf Herafschung der Strafe auf 100 Thaler Geldbuße gegen Lübeck und 50 Thaler gegen Voigt, indem es dieselbe durch den gebürgten Inhalt der erteilbaren in übertreibenden Ausdrücken abgefaßt, entstellt Thatsachen enthaltenen und die Disciplin des Heeres schmähenden drei Leitartikel motivirt und auch in subjektiver Beziehung die Behauptung des Verfassers, daß Volksden stehenden Heeren vorzuziehen seien, als eine ungerechte erachtete, da die jüngsten Ereignisse nicht geeignet seien, dieser Auffassung stihrend zur Seite zu treten. — Die von den Angeklagten gegen diese Entscheidung eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obertribunal als unbegründet verworfen.

Tilsit, 10. November. [Cholera.] In der Nacht zum 8. d. M. ist auch hier ein Cholerafall vorgekommen, der schon am 9. d. einen tödlichen Ausgang hatte. In Betreff dieses Falles wird ausdrücklich constatirt, daß es die wirkliche astatische Cholera gewesen sei. Von einem zweiten Cholerafall mit tödlichem Ausgang wird wohl erzählt, doch ist darüber amlich noch nichts gemeldet. In unserer städtischen Heilanstalt ist eine Cholerastation eingerichtet. (Westyr. 3.)

Königsberg, 11. November. [Cholera.] Wie heute hier gemeldet wurde, ist die Cholera in Labiau ausgebrochen und soll bereits mehrere Opfer gefordert haben. (3. f. Litth.)

Stettin, 13. Novbr. [Der Sturm.] Der heutige Frühzug von Stralsund ist durch Sturm und Wasserfluten, in Folge deren die Strecke unfaßbar geworden, unmittelbar vor Greifswald in seinem Laufe unterbrochen worden. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten sind Post-, Pack- und Gilgutwagen stark beschädigt; von dem Fahrpersonal ist ein Schaffner erheblich verletzt. Ob Passagiere von dem Unfall betroffen sind, ist bis zur Stunde nicht bekannt geworden. Die telegraphische Verbindung zwischen Greifswald und Anklam ist zur Zeit gesperrt. Wie wir hören, haben sich heute Vormittag Herr Geb-Rath Stein und Baurath Magunna an die Unglücksstätte begeben.

— Seit gestern Nachmittag weht auch hier ein heftiger Nordoststurm, der in der Nacht noch an Stärke zunahm, in der Stadt an Dächern und Schornsteinen arge Verwüstungen anrichtete und das Wasser der Oder bis auf 3 Fuß 7 Zoll anstaut, so daß ein großer Theil der Wiesen überchwemmt ist. In der Umgegend sind ebenfalls Beschädigungen vorgekommen. So ist der neue Kirchthurm in Brunn, der eben vollendet und von dem Baugerüst entkleidet war, in voriger Nacht zusammengefallen. Heute früh führte der Sturm den ersten Schneefall herbei, der jedoch mit Regen untermischt war. — In Folge des gestrigen Nordost-Sturmes strandeten auf dem Westergrund bei Swinemünde drei Schiffe: das Rostocker Galeaschiff „Thetis“, Capt. Zeplin; die Stolper Bark „Friedrich Wilhelm Arnold“, Cap. Frenger; und der Stralsund r dreimastige Schooner „Margaretha Bankier“, Capt. H. G. Bos. Von den beiden ersten Schiffen wurde die Mannschaft gerettet. Hinsichtlich des dritten fehlen bis jetzt Nachrichten. Da mehrere Schiffe noch im Ansegeln waren, stehen weitere Unglücksbotshäfen wohl zu befürchten. (N. St. 3.)

Köln, 13. Novbr. [Die englische Post] vom 12. d. früh ist ausgeblichen. Der Grund ist unbekannt.

Dresden, 13. November. [Dankt.] Das „Dresdner Journal“ veröffentlicht heute folgende von beiden Majestäten unterzeichnete Dankesagung des Königs und der Königin: „Die vielen Beweise herzlicher und warmer Theilnahme, die uns bei dem Jubelfeste unserer Verbindung aus allen Klassen des Volkes, von Einzelnen wie von ganzen Genossenschaften durch Wort und Schrift, wie durch sinnige Gaben und Stiftungen aller Art, in so reichem Maße zugemessen sind, haben uns innig gerührt und erfreut. Insbesondere haben wir es dankbar anzuerkennen, daß die Stände des Landes uns durch eine reiche Bevolligung die Mittel dargeboten haben, um für die Zwecke der Erziehung und des Unterrichts in umfänglicher Weise zu sorgen. Diese allgemeine und herzliche Theilnahme ist uns ein neuer Beweis gewesen von dem innigen und festen Bande, welches Sachsen und sein Fürstenthau verbindet; sie hat uns von Neuem gezeigt, daß das sächsische Volk die Freuden und Leiden seiner Fürsten als die seinigen mitschlägt und mitlempfindet. Wir fühlen uns daher gedrungen, unseren Dank dafür hierdurch öffentlich auszusprechen.“

Dresden, 13. November. [In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer] erfolgte die Schlusabstimmung über die 3 Gesetze betreffs der Bezirksvorstellungen, der Organisation der Verwaltung und des Strafverfahrens bei polizeilichen Vergehen. Das ersterwähnte Gesetz wurde mit allen gegen 17, das zweite mit allen gegen 14, das letzterwähnte Gesetz mit allen gegen 10 Stimmen angenommen. In der ersten Kammer begann die Generaldiscussion über das Volkschulgesetz.

München, 13. Nov. [Die Krise über die Spizeder'sche Dachauer Bank] ist hereingebrochen! Heute Nachmittag versuchte sich eine Commission des lgl. Bezirksgerichts München in das Haus der Adele Spizeder an der Schönfeldstraße, um zunächst bei dem dringenden Verdachte der Überschuldung eine Prüfung ihrer Vermögenslage vorzunehmen. Gegebenen Falles wird mutmaßlich auch die Haftnahme der Adele Spizeder nach Art. 1231 der Civilprozeßordnung stattfinden. — Selbstverständlich wurden bei Ausführung der Maßregel die umfassendsten Sicherheitsvorkehrungen in Anwendung gebracht, ohne daß jedoch bis zur Stunde (Abends 5 Uhr) irgend eine Ordnungsstörung vorgekommen ist. (N. N.)

Strasburg, 13. November. [Verkauf der kaiserlichen Tabakmanufaktur.] Der Ober-Präsident von Eläß-Lothringen hat eine Aufforderung zur Abgabe von Kaufboten auf die kaiserliche Tabakmanufaktur ergehen lassen. Der Termin für die Einreichung von Geboten ist auf den 5., der Zuschlagstermin auf den 16. Decemb. d. J. festgesetzt. Die zu depositirende Caution beträgt 20,000 Thlr.

Frankreich.

* **Paris, 11. Nov.** [Bon der deutschen Occupation-armee.] Das amtliche Blatt enthält folgende Note:

Gewisse Journale haben mit der Beharrlichkeit, die sie zuweilen bei den Vorwürfen anwenden, welche sie der Regierung machen, angeläufigt, daß die neuen, für die deutschen Armeen gebauten Baraken 28 Millionen gekostet haben. Diese Behauptung ist falsch. Die letzten Ausgaben für die Baraken betrugen 10 Millionen, von welchen 2 Millionen für die Verbesserung und Unterhaltung der schon occupirten Baraken verwandt wurden. Indem die Regierung diese Ausgaben mache, wollte sie vermeiden, daß die deutschen Truppen bei den Bewohnern der vier noch occupirten Departements einzogen würden. Sie wollte auch, daß diese Baraken später für unsere eignen Truppen, falls dieses nötig sei, dienen könnten. Die Beendigung

der Bauten erlitt eine Verzögerung in Folge verschiedener Zwischenfälle, hauptsächlich der Forderungen einiger Arbeiter, welche sich die Gelegenheit zu Nutzen machen wollten, um Löhne zu verlangen, die eine jede annehmbare Bedingung übersteigen und die den Unternehmern die Ausführung ihrer Contracte unmöglich gemacht hatten. Man verlangte zu ihrer Erziehung Militär-Zimmerleute; aber es wäre eben so langwierig als schwer gewesen, sie einzeln in den Corps aufzufinden, und dann hätte auch die Regierung die Soldaten nicht in Uniform nach den besetzten Departements senden können, um dort zu arbeiten. Glücklicher Weise konnte sie in den Arsenalen der Marine 300 Civil-Zimmerleute finden, welche in 48 Stunden an Ort und Stelle geschafft wurden und dem Bedürfnisse der Lage abgeholfen haben. Heute sind die Baraken bereit und die deutschen Truppen nehmen allmälig Besitz von denselben.

[Finanzielles.] Dem „Rappel“ zufolge sind die Unterhandlungen wegen der Garantien für die fünfte Milliarde bereits von der französischen Regierung begonnen worden. Gestern seien drei Wiener Financiers, Graf Chotek, Baron Haber und Graf Soim, Vertreter der Finanzmänner der österreichischen Hauptstadt, hier eingetroffen, um der Regierung Anträge zu stellen.

[Die heutige Sitzung der National-Versammlung] wurde um 2½ Uhr eröffnet. Thiers trat um 2 Uhr 25 Minuten in den Saal, fast zu gleicher Zeit mit dem Justiz-Minister Dufaure. Der Präsident der Republik ist sehr gesund, aber nicht sehr heiter aus. Auch drängten sich die Deputierten nicht so eifrig um ihn herum, wie dieses früher der Fall war, und nur der Quästor Vaze und der Präfekt (der protestantische Pfarrer von Paris) sprachen mit ihm. Thiers blieb jedoch nur fünf Minuten, kam später wieder in den Saal zurück und blieb bis zum Schlusse der Sitzung, obgleich eine Masse Deputierte früher weggingen. Dieselbe bot nämlich nicht das geringste Interesse, da man sich fast nur mit der Organisation der Bureaux beschäftigte. Es war Grévy, der bisherige Präsident, und nicht Benoist d'Alz (man hatte irrtümlicher Weise behauptet, daß die Sitzung von dem ältesten Mitgliede präsidirt werden würde), welcher den Präfektursthuhl einnahm. Grévy legte zuerst den Brief des Prinzen Napoleon, worin derselbe gegen seine Ausweisung protestiert, und dann einen Protest 40 corischer Wähler gegen diese Maßregel auf den Tisch des Hauses nieder. Dann kündigte er an, daß fünf Sitze im Parlamente frei seien, drei in Folge von Demissionen und zwei in Folge von Todesfällen. Zu den Verstorbenen gehört Saubage, Director der französischen Ostbahn und Deputirter von Paris. Derselbe starb heute Nachts und die Versammlung ernannte eine Deputation, um ihn zu seiner letzten Ruhestätte zu begleiten. Sein Tod ist in so fern von Wichtigkeit, als eine Erwahlung in Paris statt finden muß. Wolowski stellte nun den schon mitgetheilten Antrag wegen der Eläß-Bohringer, der zu einer lebhaften Discussion-Anlaß gab, da die Royalisten in ihrer gestrigen Versammlung beschlossen, daß man in Zukunft nicht mehr gesetzen wolle, daß die Geschäftsortordnung bei den Dringlichkeits-Vorlagen verlegt werde. Bisher summierte man nämlich sofort über die Vorlagen ab, während nach der Geschäftsortordnung derselben erst an die Bureaux verweisen werden müssen, damit dieselben entscheiden, ob die Dringlichkeit zugelassen werden soll. Während der Discussion war die neue Organisation der Bureaux beendet worden, und der Präsident Grévy stieg um 4 Uhr 25 Minuten von seinem Sitz herab. Die Deputirten selbst schenkten den Vorgängen der Versammlung im Ganzen nur wenig Aufmerksamkeit. Alle sind nämlich von der Krise in Anspruch genommen, zu der die angekündigte Vorlage der konstitutionellen Frage Anlaß gegeben hat.

Über die Versammlung, welche die republikanische Linke gestern im Grand Hotel abhielt, lautet der Bericht, welchen der Vorstand veröffentlichte ließ, wie folgt:

Die republikanische Linke versammelte sich gestern um 2 Uhr unter der Präsidentschaft des Herrn Magnin. Die Versammlung zählte 87 anwesende Mitglieder; zwei von den am 20. October gewählten Deputirten hatten sich eingefunden, nämlich Cremieux und Moline. Der Eindruck, welchen alle Deputirten aus den Departements mitgebracht, war der, daß die republikanische Idee sich kräftigt und Fortschritte macht. Die früher dem Vorstand des Vereins anvertrauten Gewalten, um sich mit den Delegirten der beiden anderen republikanischen Vereine zu verständigen, wurden bestätigt. Da die Frage betrifft der konstitutionellen Projekte aufgeworfen wurde, so gab die Linke die Ansicht, daß keines ihrer Mitglieder die Initiative in der Hinsicht ergriffen sollte. Sie sprach sich einmütig gegen jeden Angriff gegen das allgemeine Stimmrecht aus. Sie beschäftigte sich alsdann mit den verschiedenen das Kriegsministerium betreffenden Zwischenfällen. Nach den Berichten, welche der größte Theil der Mitglieder der Linke nach machten, constatirte sie, daß der in der Armee herrschende Geist der des Patriotismus, des Gehorsams und der Ergebenheit an die Regierung der Republik sei. Sie constatierte zu gleicher Zeit, daß die oberste Heeresleitung sich nicht hinreichend mit diesen Gesinnungen inspirirt, und daß es notwendig ist, Abhilfe zu treffen. Sie beantragte ihren Vorstand, in diesem Sinne bei der Regierung zu wirken. Die Feststellung der Tagesordnung der National-Versammlung kam alsdann zur Sprache und die Versammlung beschloß, daß sie darauf bestehen werde, daß die Kammer sich bei ihren Arbeiten nicht von geschäftlichen Angelegenheiten, namentlich von dem Budget und der Militär-Organisation abbringen lässe.

[Fraktionsversammlungen.] Heute Abend halten die Mitglieder der äußersten Rechten eine Versammlung in Versailles ab. In derselben werden die Instructionen mitgetheilt, welche die Deputirten, die beim Grafen Chambord waren, von demselben erhalten haben. Wie es heißt, laufen dieselben dahin, daß die Legitimisten die Wiederherstellung der Monarchie in Vorschlag bringen sollen. — Nach den „Debats“ hat das linke Centrum beschlossen, nicht zu dulden, daß in das neue Wahlgesetz Beschränkungen des allgemeinen Stimmrechts aufgenommen werden.

[Der Herzog von Decazes] ist zum Grafen Chambord abgereist, um demselben eine neue fusionistische Adresse zu überbringen. Das offizielle „Bien Public“ richtet heute an die vor drei Tagen von ihm so scharf mitgenommenen Legitimisten die Aufforderung, ihre Eigenliebe nicht über die Vaterlandsliebe zu stellen, sich nicht nach den Weisungen eines Prinzen zu richten, sondern in der ersten Lage, in welcher Frankreich sich befindet, ihr Gewissen allein zu befragen.

Spanien.

Madrid, 9. November. [Ein Gegenstück zu der Heirath des Herrn Charles Loxson, weiland Pater's Hyacinth.] ist gegenwärtig in Spanien im Werden. Eine Nonne, welche das volle Gelübde abgelegt hatte, ist, so schreibt man der „A. B.“, aus einem der Kloster des Nordens ausgetreten und hat in Madrid ihren Wohnsitz genommen. Sie will sich dort verehelichen; indessen verzögert die zuständige Behörde ihre Mitwirkung zu der bürgerlichen Eheschließung, weil das Gesetz über die Civile im 5. Artikel die Trauung von „Katholiken, welche in saecris ordinarii wordi oder in einen canonisch approbiatis religiosis Ordens eingetretet sind und das Gelübde der Keuschheit abgelegt haben“, verbietet. Wie aber Heinrich IV. der Meinung war, daß die Könige Frankreichs eine Messe werth sei, so glaubt die Nonne, den ehelichen Stand wohl mit dem Verzicht auf die Messe erlaufen zu können, und hat ihren Antritt aus der katholischen Kirche erklärt. Nach der klaren logischen und grammatischen Auslegung des oben berührten Gesetzes-Paraphraphen ist somit das der bürgerlichen Trauung entgegenstehende Hinderniß weggeräumt; unsere Clericalen aber haben nicht umsonst die von den Jesuiten überkommenen Interpretationskunst studirt, und wissen nach, daß jener Paragraph bedeutet: „ein Jeder, der als Katholik ordinarii worden sei u. s. w.“ (todos los que, siendo católicos hayan anteriormente profesado u. s. w.). In Text aber heißt es; los católicos que hayan . . . Die Verdrückung liegt auf der Hand; denn das Gesetz spricht hier offenbar nicht von Leuten, die als Katholiken, die bestimmten Beschränkungen, wie Ordensgelübden u. dergl., unterliegen. Wer mithin nicht Katholik ist, auf den hat jener Paragraph keine Anwendung, und der früheren Nonne, die aus der katholischen Kirche ausgetreten ist, wird die bürgerliche Behörde kein Ehehinderniß mehr in den Weg legen können. Die clericalen Blätter sind freilich in großer Aufregung und glauben, die Trauung noch verhindern zu können; der Richter aber,

welcher einen Schlüß für richtig anerkennen wollte, dessen Untersatz nachweislich falsch ist, müßte jedem klarennden Menschen leid thun. Mit Hülfe solcher clericalen Gesetzbedeutungen würde man beweisen können, daß jemand, der früher einmal Soldat gewesen ist, sein Leben lang den Militärgezügen unterworfen wäre, auch nachdem er in den Bürgerstand zurückgetreten. Inzwischen glebt dieser Streit der ultramontanen Opposition wieder Anlaß, gegen die neue Verfassung loszu ziehen, welche die persönliche Freiheit auf breitere Grundlagen gestellt hat, als dem Clericalismus sieb ist; und zugleich muß man wieder die Jeremiaden von den „demagogischen Leidenschaften, der wachsenden Unstimmigkeit, dem sozialen Bankrott, dem Internationalismus und dem Petroleum“ über sich ergehen lassen.

[Das Kriegsgericht in Ferrol] hat schon eine Reihe von Urtheilen über die Theilnehmer an dem jüngsten Aufstande gefällt. Einer ist zum Tode, ein Anderer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 29 sind zu zehnjähriger, einer zu sechsjähriger Haft verurtheilt, vier wurden freigesprochen; endlich werden 300 der gesangenen Meuterer in die Colonien gefandt, um dort ihre Strafe abzuhüßen.

[Die Bande de Saballs.] welche 600 Mann und 25 Pferde stark einen vorwiegenden Streifzug durch Ampurdan und andere Küstenstreiche gemacht und große Geldsummen erpreßt hat, ist am 8. d. von dem Brigadier Arrando bei Riaza geschlagen und angeblich zerstört worden; während auch die Bande Castells in den Bergen von San Martin von den Truppen unter Gamir angegriffen wurde und einige Verluste erlitt. Nach minder zuverlässigen Nachrichten soll Castells viele Tote und Verwundete und andererseits auch das Jägerbataillon von Béjar 29 Tote eingebüßt haben. Don Carlos soll die Absicht haben, sich mit einem Kriegsraub von 25 Mitgliedern zu umgeben, der über alle militärischen Fragen und Operationen zu beschließen hätte.

England.

A. A. C. London, 11. Novbr. [Das Lordmayors Bankett.] Das mit der Installirung des neuen Lordmayors der City von London verknüpfte Bankett in der Guildhall, stets eines der hervorragenden Ereignisse des politischen und sozialen Jahres, büste heuer in Folge der Abwesenheit des durch Unpässlichkeit von der Hauptstadt ferngebliebenen Premierministers Gladstone viel von seinem politischen Interesse ein.

Die Festversammlung war, wie üblich, eine sehr zahlreiche und glänzende, und umfaßte außer den Cabinetministern Lord Granville, Lordkanzler Selborne, Schatzkanzler Lowe und Marineminister Goeshen, Mitglieder des diplomatischen Corps, der Geistlichkeit, beider Häuser des Parlaments, des Richter-Collegiums, sowie die Elite der gelehrten, kommerziellen und finanziellen Welt. Der Lordmayor, Sir Sydney Waterlow, führte den Toast auf die Königin, den Prinzen und die Prinzessin von Wales, sowie das Königl. Haus, Her, Flotte und Freiwilligen, die fremden Botschafter und Gesandten (welch letzteren Toast der Gesandte von Honduras, als Doyen des diplomatischen Corps, und der amerikanische Geschäftsträger, Mr. Moran, beantworteten) folgte der Toast auf das Haus der Lords. Derselbe gab dem neuen Lordkanzler Selborne Anlaß zu seiner ersten öffentlichen Rede seit seiner Einsetzung zu diesem Posten. Er äußerte sich in derselben u. a. auch über das Alabama-Verdict und empfahl, daß dem Lande vor allem Andern daran gelegen sei, cordiale Beziehungen mit Amerika aufrecht zu halten, die Schadloshaltungsumme ohne Muren zu zahlen. Den Toast auf „Ihre Majestät Minister“ beantwortete in Abwesenheit des Premiers Earl Granville der Minister für auswärtige Angelegenheiten mit einer Rede, die wohl als die wichtigste des Abends bezeichnet werden mag. Er vertrat in derselben hauptsächlich nur Fragen der auswärtigen Politik. Mit Bezug auf die Schilderung der Alabamafrage durch das Genfer Schiedsgericht pflichtete er der Meinung des Lordmayors bei, der seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß die großen Nationen der Welt sich bereitwillig zeigten, ihre Streitigkeiten einem unparteiischen Tribunale zu unterbreiten und anzuerkennen, daß das Gesetz der Gerechtigkeit höher als das Gewalt stehe.

„Aber ich wünsche nicht“ — fuhr er fort, — „dieses Prinzip zu weit zu treiben. Ich gehöre nicht zu denen, welche glauben, daß es irgend ein menschliches Mittel giebt, das die Möglichkeit eines Krieges verhindern kann. Ich glaube, daß Schiedsgerichte fast unmöglich sind, wenn es sich um das wesentliche Interesse eines der beiden Länder handelt. Ich glaube, daß, so wünschenswerth es auch sein mag, es fast unmöglich ist, wenn die nationalen Gefühle auf beiden Seiten im verzweifelten Grade aufgereggt sind; aber in allen gewöhnlichen Dingen, in denen jenen Angelegenheiten, in welchen Nationen, wie gesagt worden, sich in den Krieg stürzen, da scheinen es mir Fälle zu sein, in welchen Nationen, die darauf Anspruch machen, gerecht und christlich zu sein, womöglich sich des schiedsrichterlichen Verfahrens bedienen sollten. Ich glaube, dieses System war besonders anwendbar bei den Fragen, die zwischen den Vereinigten Staaten und uns selber entstanden waren, und ich freue mich, daß wir es adoptirten, obwohl mit dem Resultat einiger Enttäuschung für uns, die aber nur eine solche ist, die keits einem oder dem anderen der Prorechtführenden begegnen muss. Ich hoffe daher, wir werden das bezahlen, was, wie der Lordkanzler so treffend bemerkte, eine Frage ist, die unsern Geldbeutel, aber nicht im Mindesten unsere Ehre affiziert. (Hört, hört!) . . . Ich hoffe, man wird nicht erwarten, daß ich mich auf die Einzelheiten der mit Punkten des internationalen Rechts verfaßten Ereignisse einlässe, aber ich glaube, daß, wenn das Parlament zusammentritt, wir im Stande sein werden zu zeigen, daß in dem Wortlaut der Überweisung sowohl mit Bezug auf die Alabamaforderungen wie auf das San Juan-Verdict das Recht auf meiner Seite ist. Ich gebe weiter und sage, ich glaube, daß die Bedeutung des vom Kaiser eines großen, biederer und intelligenten Volkes, — der einwilligte, diese mißvolle und einigermaßen gehässige Aufgabe nicht allein in unserem Interesse, sondern auch im Interesse einer großen Kolonie, die in Folge der Politik jüngster Jahre in einem Geiste der Freiheit und des Selbstvertrauens alle die Elemente, die einen glücklichen und gedeihlichen Staat bilden, zusammenträgt, zu übernehmen, — abgegebenen Verdicts in enormer Weise übertrieben wurde.“

Über den neuen englisch-französischen Handelsvertrag äußerte sich Lord Granville folgendermaßen:

„Ich glaube, die Geschichte dieses Vertrages ist folgende: Jener große Mann Cobden unterhandelte in 1860 einen Vertrag ausnahmsweise Charolais. Er hatte einen großen praktischen Zweck, in welchem er ganzlich reüssierte. Er leitete die Regierung von Frankreich in den Stand, nicht den Freihandel einzuführen, sondern die Profitabilität aufzugeben, und jene Milderungen der Handelsbeschränkungen einzuführen, welche Frankreich in den Stand setzten, anderen continentalen Nationen ein Beispiel zu zeigen. Im vorigen Jahr schlug uns die Executive-Regierung Frankreichs vor, Modificationen in diesem Vertrage

zu gewinnen. Ich bin dieser Doctrin nie abtrünnig geworden, und ich würde mit Widerstreben meine Unterschrift unter einen Vertrag gesetzt haben, der gegen diese Prinzipien handelte, und ich glaube, daß Prinzip und Weise des zwischen Frankreich und England abgeschlossenen Vertrages im genauen Einlange mit Freihandel stehen. Die permanenten Theile dieses Vertrages sind einfach diese, daß, ohne einem der beiden Länder eine Concession zu machen, beiden durch die permanente Verpflichtung, sich gegenseitig in der Position der meist begünstigten Nation zu halten, ein Vortheil zu Gute kommt. Gleichzeitig soll uns auch gegenseitig nationale Bevölkerung, was Schiffe und Ladungen betrifft, zu Theil werden. Es giebt aber auch Ausnahmen von den permanenten Theilen des Vertrages, und dieselben sind einfach diese. Wir machen diese Concessions, und soweit ich weiß, sind es die einzigen, die wir machen, daß wir uns für vier Monate — der einzige Zeitraum, während dessen wir uns durch unser Vertragsrecht überhaupt schützen können — mit den von mir erwähnten geringfügigen Additionalzöllen für einverstanden erklären. Ferner gestatten wir während der Zeit, in welcher Verträge mit anderen Nationen bestehen, jene Abweichung von der Behandlung auf dem Fuße der meist begünstigten Nation bis zur Höhe jener limitirten Höhe während der Zeit wo, wenn überhaupt kein Vertrag existirt, dieselben auf Differentialzölle hinauslaufen dürfen. Ich glaube, daß wenn der Vertrag von dieser großen Handelsstadt (London) geprüft und erörtert sein wird, er deren Besitz finden wird."

Die übrigen Toaste galten den Richtern, dem Unterhause (beantwortet vom Schatzkanzler Lowe), den Citybehörden und der Lady Mayors, ausgebracht von Lord Granville.

[Über den großen Brand in Boston] enthält ein Telegramm der "Times" aus Philadelphia die nachstehenden Details:

"Das Feuer brach am Sonnabend Abend gegen 7½ Uhr in einem an der Ecke der Summer- und Kingstonestraße gelegenen großen Granitgebäude aus. Dies ist das Herz des Geschäftsteiles von Boston, der hauptsächlich Granitgebäude enthält. Der Wind, Ansatz ruhig, wehte bald aus dem Westen und Nordwesten heftiger. Der Granit bröckelte sich, und da die Gebäude mit Waaren angefüllt waren, griffen die Flammen rasch um sich. Das Feuer dehnte sich in nordwestlicher und südlicher Richtung längs Summerstreet aus, und das gleiche von dieser Straße aus in einer nordöstlichen Richtung. Sonntag Morgen um 4 Uhr waren 22 Häuser verbrannt und der abgebrannte District bedeckt zu dieser Zeit ungefähr 60 Acres, begrenzt durch Summerstreet im Südwesten, Big Broadstreet im Südosten, Pearlstreet im Nordosten, Millstreet im Norden und Washingtonstreet im Nordwesten. Der dazwischen liegende mit wertvollen Gebäuden und Waaren gefüllte Flächenraum war ein Raub der Flammen geworden. Von Summerstreet dehnte sich das Feuerlinie über ein Drittel Meile von der Bay-Front, in Broadstreet bis zu einem Häusergebäude von Boston-Common aus. Von dieser Linie aus dehnte sich der brennende District nordöstlich ungefähr eine Viertelmile in diesem Flächenraum aus, wo das Feuer Winthrop-square, Franklin-square, Brebes-block, Franklin, Devonshire, Federal, High-Kingston, Arlington, Williams, Lincoln-arch, Otis, Chauncy, Hawley und die benachbarten Straßen einscherte. Brebes-block besaß einen Wert von zwei Millionen Dollars und der Gesammtverlust wird auf 100 Millionen Dollars geschätzt. Die Bostoner Feuerwehr war durch die Pferdeepidemie sehr geplagt. Dies verhinderte auch in hoher Grade die Beschaffung der Waaren. Aus Worcester, Providence, New-York, Taunton, Lowell, Lynn und anderen Städten wurde Hilfe requirierte und prompt geliefert. Die Feuerwehr schien außer Stande zu sein, zu thun, und so eine gründliche Panik vorherrschte, geben die eingelaufenen Telegramme nur unvollständige Details. Da die Polizei außer Stande ist, die Ordnung aufrecht zu halten, sind die dabei stationirten Ber. Staaten-Truppen und Seesoldaten dazu aufgeboten worden. Während der Verwirrung wurde viel geplündert; 200 Diebe, darunter mehrere Frauen wurden arretiert. Der Lebensverlust soll sehr erheblich sein, aber es war unmöglich, die genaue Zahl der Umgekommenen zu ermitteln. Kein Gebäude schien feuerfest zu sein, alle unterlagen den Flammen. Heute (Sonntag) um 7 Uhr Morgens griff das Feuer im Norden der oben angegebenen Grenzen noch immer um sich. Es hatte sich längs der Devonshire und Congress-Street nach Water-Street und von da querüber nach State-Street ausgedehnt. Das Postamt schwante zur Zeit in Gefahr, da die anstochenden Häuser brannten. Die Bauten und andere Etablissements in State-Street schafften ihre Werthsachen nach einem sicherem Ort. Um 9 Uhr wurden in Congress-Street Gebäude in die Luft geworfen. Dies hemmt einigermaßen die Flammen. Um 4 nach 1 Uhr wurde man endlich des Feuers Herr. Die Telegramme bestätigen dies. Der Gesammtverlust wird auf 20 Millionen Doll angegeben, dürfte diese Summe aber möglicherweise übersteigen."

Wie dem Londoner "Bureau Reuter" unter 10. d. Mis. aus Boston telegraphirt wird, ist die Feuersbrunst nach 20ständiger Dauer und nach der Einschränkung von 70 Acres Gebäude unterdrückt worden. Die schwersten Verluste erleiden dem Unternehmen nach die Händler in Wolle, Leder und Manufakturen.

Unterm 11. d. wird telegraphirt: "Das Feuer brach kurz nach Mitternacht wieder aus. Das Innere der Börse und des Postamtes ist ausgebrannt und die Dreifaltigkeitskirche ist eine Ruinenmasse." Eine weitere Depesche meldet: Die zweite Feuersbrunst wurde durch Gasexplosionen verursacht und hat sechs große Speicher eingeschwärzt. Man ist indeß wieder der Flammen Herr geworden.

Auf Clerkenwell-green fand gestern wieder eine große Demokraten-Versammlung statt, die zum Zweck hatte, Indignations-Beschlüsse gegen die Regierung zu fassen, weil dieselbe die Redner der am vorigen Sonntag im Hydepark abgehaltenen Fenier-Amnestie-Kundgebung wegen Verleumdung der Parkakte in den Anklagezustand versetzte hat. Unter Anderen ergriß auch Mr. Bradlaugh, der bekannte Freiheit und Bildersürmer, das Wort. Er eiferte energisch gegen die neuen Park-Verordnungen und behauptete, daß der lose Wortlaut der alte gerechte Weise nicht gegen ungebildete Handwerker, die ein Recht hatten, zu erwarten, daß ihnen das Gesetz klar gemacht werde, in Ausübung gebracht werden könnte. Die angenommenen Resolutionen erklären die gerichtliche Verfolgung als „ein Stück Klasse-Diktat“ und als nachteilig für die besten Interessen der Nation. Ferner forderten sie „alle Freunde des menschlichen Fortschritts“ auf, ihr Schriftlein für den Verbündigungsfond beizutragen.

[Cardinal Cullen] hat bald nach seiner Rückkehr von Rom einen Hirtenbrief veröffentlicht, in welchem er bemerkte, es sei Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß die Regierung den Wünschen der irischen Katholiken nach einem mit ihren religiösen Prinzipien im Einklang stehenden Volksunterricht Rechnung tragen werde.

[Pater O'Keefe] der durch seinen Streit mit Cardinal Cullen bekannte katholische Pfarrer von Galba, hat einen Brief an die "Dublin Mail" gerichtet, worin er erklärt, daß er sich durch den jungen Besluß des Schulamtes, ihn ferner nicht als Schulpatron anerkennen zu wollen, nicht einsichtlich lasse. Seine Angelegenheit sagt er, habe die Aufmerksamkeit des Alt-Katholiken-Congresses in Köln beschäftigt und werde in nächster Parlamentssession mit den Alabama-forderungen an Aufmerksamkeit wetteifern.

N u s t a n d .

E. St. Petersburg, 10. Nov. [Der Kaiser-Gegenbesuch Kaiser Wilhelm's.] — Netschajew. — Verurtheilungen. — Cholera.] Der Kaiser hat mit dem Großfürsten Thronfolger und dessen Familie am 5. Abends, Elbavia verlassen, am anderen Tage um 7 Uhr Abends von Odessa aus die Reise hierher fortgesetzt, und ist gestern nach längerer Abwesenheit in seiner Hauptstadt wieder eingetroffen. — Ein bedeutungsvolles Ereignis der auswärtigen Politik und ein freudlicher Vorgang liegen zwischen dem letzten Verlassen der Residenz und der jetzigen Rückkehr: Die Drei-Kaiser-Zusammenkunft in Berlin und die inzwischen wesentlich fortgeschrittenen Besserung in der Gesundheit der Kaiserin. Mit wie freudigem Herzen Alexander II. vor aller Welt jenen neuen Beweis aufrichtiger Freundschaft für Preußen — Deutschland gegeben, das ist noch in frischster Erinnerung, und schon hat der russische Monarch inzwischen eine neue Gelegenheit benutzt, um dieselben Gesetze vor aller Welt zu bekunden. Dieser zum Jubelfeste des Prinzen Karl von Preußen abermals aus-

gesprochene Wunsch, es möchte die schöne Freundschaft zwischen Deutschland und Russland auch auf die künftigen Geschlechter sich vererben, ein Wunsch, der bereits bei dem letzten Georgiensfest in dem denkwürdigen Toaste seinen Ausdruck gefunden, hat es wohl auch dem Fernerstehenden klar gemacht, was der Eingeweihtere längst weiß: es ist die aufrichtige, bleibende Freundschaft zwischen den beiden großen Nachbarreichen dem Zaren nicht nur eine Forderung der Staatsweisheit, sondern eine tiefe empfundene Herzenssache. Das weiß man in Berlin denn auch zu würdigen, und deshalb soll der für das nächste Frühjahr, wahrscheinlich für den April, beabsichtigte Gegenbesuch Kaiser Wilhelms, wohl auch des Kaisers von Österreich, den entsprechenden Charakter tragen; er soll nicht auf Grund einer besonderen Einladung, nicht unter vorher offiziell verabredeten Bedingungen und Verhältnissen stattfinden, sondern ein privater Ausdruck der herzlichen Beziehungen sein. Das die politische Bedeutung des Aktes dadurch nicht verminder, sondern nur erhöht wird, liegt auf der Hand. Eine eben so innige Hexensache war und ist dem Kaiser die Genesung seiner hohen Gemahlin. Dieselbe hat ihres Brustleidens wegen den ganzen Sommer in dem milden Klima der Krim zugebracht und wird derzeit noch fortgesetzt.

Am besten werden dieselben durch den Umstand bestätigt, daß die Kaiserin in einigen Wochen ebenfalls hierher zurückkehren und den Winter in Petersburg zuzubringen entschlossen ist. Für den kommenden Frühling ist dann eine Reise nach Italien und ein längerer Aufenthalt dasselbe in Aussicht genommen. — Der aus dem Hochverratshprozeß des vorjährigen Sommers bekannte Hauptangestellte Netschajew ist vor kurzem hier eingekommen und in der Festung inhaftirt worden. Es unterliegt von vornherein keinem Zweifel, daß die schweizerische Regierung dem diesbezüglichen Antrag auf Auslieferung des Verbrechers trotz der bekannten polnischen Demonstrationen entsprechen würde; es handelt sich bei Netschajew ja nicht um ein politisches Vergehen, sondern vor Allem um einen gemeinen Mord, den er an dem Studenten Iwanow verübt hat. Ein anderer Prozeß, welcher s. z. über die Grenzen des Reichs hinaus aussieht, hat jüngst seinen Abschluß erfahren, ich meine den Fälschungsprozeß gegen die Brüder Majassikow. Gegen das freisprechende Erkenntnis der hiesigen Jury war sofort die Richterbeschwerde eingereicht und demnach die Sache an das Moskauer Bezirksgericht zur nochmaligen Verhandlung verwiesen worden. Auch die dortigen Geschworenen haben erklärt, daß das betreffende Testament des 1858 verstorbene Kaufmanns Belsajew nicht gefälscht sei, und so wurden die Angeklagten freigesprochen. Endlich sind auch die Verhandlungen über die Arbeiterunruhen auf der Krähholm-Manufaktur bei Narva vor 8 Tagen nach nur einmonatlicher Dauer in judiciale Beziehung zu Ende geführt worden. Von den 35 angeklagten Arbeitern sind 8 freigesprochen, 6 zur Zwangsarbeit im Bergwerken, Festungen oder Fabriken; zur Verbannung nach Siberien 1, zur Einreihung in die Aristenanten-Compagnien 6, zu kürzerer Gefängnishaft 14 verurtheilt worden. Indes auch die Verwaltung der Fabrik, deren Directorium übrigens gleich nach Belebung der Unruhen eine größere Summe zu wohlthätigen Zwecken gespendet hatte, scheint nicht vorwurfsfrei zu sein; wenigstens lassen gewisse Personal-Veränderungen im Directorium zu diesem Schlusse gelangen. — Zur Belebung an der Wiener Weltausstellung sind bis jetzt 625 Anmeldungen, größtentheils von Manufacturwaren, bei der betreffenden Commission eingegangen, namenlich aus Moskau und Warschau. Die Staatsfabriken werden sich mit großen Sendungen beteiligen. — Cholera-Berichte werden höchstens schon seit längerer Zeit nicht mehr ausgegeben. Im Ganzen besanden sich vor 8 Tagen im russischen Reiche noch 2518 Cholerafälle in Behandlung, die meisten in den Gouvernements Wolhynien (688), Poltawa (682) und Bessarabien (362), die wenigsten in den Gouvernements Tobolsk und Wjatka (je 2).

Provinzial-Zeitung.

+ Breslau, 14. November. [Bezirks-Verein für Orlauer und Schweidnitzer Vorstadt.] Die gestern Abend abgehaltene, nicht eben zahlreich besuchte Versammlung beschäftigte sich zunächst mit den Stadtverordneten-Wahlen in den Wahlbezirken der beiden Vorstädte. Es sind dies die Bezirke 27, 28, 29, 30 und 31 der III. Abtheilung und 13, 14, 16 der II. Abtheilung. Nachdem der Antrag, die von dem Comite der vereinigten liberalen Parteien für die Stadtverordneten-Wahlen aufgestellten Candidaturen in diesen Bezirken einfach zu akzeptiren, sehr eingehend besprochen und schließlich abgelehnt worden war, erfolgte die Verhandlung über die einzelnen Candidaturen. Das Resultat dieser Verhandlung ergab die Annahme der Candidaturen im 27. (Hermann Auerbach), 28. (R. Simson), 30. (Schweizer), 31. (Schirer), 13. (Strob), 14. (Prof. Räßiger), 16. (G. Kopisch) Bezirk, dagegen wurde von einer sehr geringen Majorität beschlossen, dem liberalen Wahl-Comite anzugehören, im 29. Bezirk an Stelle des Kaufmann Carl Sturm den Partitulier Gründemann aufzustellen. Dann wurde noch ein dringlicher Antrag, die Bewaffnung der Kleinburger Chaussee resp. Straße beizuhelfen, erörtert und angenommen.

* [Haber.] Das in Brieg erscheinende "Oberblatt" meldet unter 13. November: Heute ist aus Yokohama (Japan) unser verehrter Freund und Mitarbeiter Herr Ludwig Haber angelangt. Seine letzte Rückkehr nach Europa hat zum Zweck Ankündigung unmittelbarer Handelsbeziehungen für den genannten Platz, auf welchem er eine Niederlassung seiner Firma eröffnet hat, und nun für diese in Deutschland, England, Frankreich und Italien durch unmittelbare Beziehungen thätig sein will.

* Brieg, 13. November. [Berichtigung.] Zur Steuer der Wahrheit und auf Grund durch entscheidende Beweisestücke zu erhaltender Thatache muß der Offenlichkeit übergeben werden, daß die unter L. am 9. November (Nr. 530 Bresl. Bl.) wiederum gebrachte Mittheilung über angebliche Magistrats-Eklärung in Sachen Lebgergebäts-Erhöhung eine schwere und sehr bedauerliche Unrichtigkeit enthält. Es ist nicht wahr, daß hiesige städtische Behörden die Eklärung abgegeben haben, von der noch durch das Ministerium Mühlner hierzu zwangsläufig eingeführten Elementarlehrer-Befolzung nicht eher abgehen können, bis durch Ministerialbefehl oder im Wege der Gesetzgebung für die hiesigen Kommunal-Behörden eine Richtigung hierzu verhängt wird." Abgesehen davon, daß nur der Magistrat eine dessallige Eklärung abgegeben hat, ohne eine zunächst auch noch nicht erforderliche Wiedersicherung der Stadtverordneten-Versammlung zu verlangen, ist in betreffender Eklärung weder ein Wort gebraucht, noch ein Sinn dargethan, welche berechtigten und gestatteten, von einer Richtigung zu sprechen, die Magistrat zum "Abgehen von der Mühlner-Eklärung" abwarten wolle. Der unzweideutige Sinn der Magistrats-Eklärung ist vielmehr der, daß durch neuen Ministerial-Befehl oder Gesetzgebung die "Möglichkeit" geschaffen werden müsse, ohne Ungehorsam gegen eine in unveränderter Kraft bestehende Ministerial-Verordnung, welche noch dazu in einer bezüglichen Steuerfach durch Rechtspruch als allein verbindlich erklart worden ist, in ausdrücklicher Vereinigung und Anerkennung eine endgültige Neuordnung und Aufhebung der Lehrer-Gehälter vorzunehmen. Nicht eine "Richtigung" will die wie immer wohlgenährte Behörde abwarten, vielmehr die Befreiung von einer ihr dureinst wider Willen aufgezwungenen Bestimmung. Und das ist eben gerade das Gegentheil von dem unter L. 9. Nov. gegen die hiesigen Stadtbehörden Berichteten.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

November 13. 14.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°.....	328 ⁰ 42	330 ⁰ 76	332 ⁰ 22
Luftwärme.....	+ 5°7	+ 5°3	+ 1°7
Dunststättigung.....	2 ⁰ 41	2 ⁰ 33	2 ⁰ 02
Wind.....	74 p.C.	73 p.C.	87 p.C.
Wetter.....	S. 3	SO. 1	trübe.
	heiter.	bedeckt.	

Breslau, 14. Nov. [Wasserstand.] D. P. 15 J. 13. U. P. — J. 2. 3. Berlin, 13. November. Das heutige Geschäft eröffnete und verließ ziemlich matt, doch traten auch Momente der Befreiung auf, die von Courtabancen begleitet waren. Die einige Tage alte Nachricht von einer ersten Erkrankung des Fürsten Bismarck, welche inzwischen schon wieder recidiviert ist, coursierte heute an der Börse, und wirkte vorübergehend deprimierend. Ein wesentlicher Hemmnis der heutigen Geschäftsentwicklung boten die Witterungsverhältnisse. Wegen Telegraphiestörungen waren die Wiener Deutschen nicht eingetroffen und aus demselben Grunde fehlten Aufträge aus der Provinz. Wenn hierdurch die Börse zur unfreiwilligen Geschäftsentwicklung gedrängt war, so benötigte die Speculationspapiere bewegten sich in Schwankungen, die zeitweise sogar größere Dimensionen annahmen. Im Ganzen war aber die Stimmung zum Schlus wesentlich bestimmt. Galizier zu herabgesetzten Course in guter Kauflust, andere österreichische Credit-Aktionen wirkte das neuerdings wieder in Umlauf gesetzte Gericht anregend, nach welchem die Creditanstalt mit dem Plane umgeht, junge Aktionen auszugeben. Nach unseren Informationen können wir dies Gericht als völlig unbegründet bezeichnen. Die Course der Speculationspapiere bewegten sich in Schwankungen, die zeitweise sogar größere Dimensionen annahmen. Im Ganzen war aber die Stimmung zum Schlus wesentlich bestimmt. Galizier zu herabgesetzten Course in guter Kauflust, andere österreichische Bahn durchaus vernachlässigt. Auch in österreichischen Staats-Effekten blieb das Geschäft äußerst geringfügig, für auswärtige Fonds behauptete sich gestrigste Notirungen größtentheils, doch fehlte dafür dafür jegliche Kauflust; der Schlus gestaltete sich jedoch besser. Tabakaction recht fest. Russische Werte sehr matt und oszillirt, Course mehr erheblich gedrückt. Von Preuß. Fonds zeigten sich 4½ und 4% Anleihen lebhaft und fest, auch andere Werte nicht ohne Regelmäßigkeit. Prioritäten etwas besser im Verkehr, die Course jedoch meist etwas niedriger. Auf dem Eisenbahnauctionmarkt war die Stimmung meist fest, doch blieb der Verkehr in den engsten Dimensionen. Meist konnten sich die Course unverändert behaupten, Görziger niedriger, desgleichen Nahebahn, Mastrichter höher. Rumänen anziehend in lebhaftem Umsatz. Auf Prämien wurden nur Banknoten lebhaft gehandelt, vorzugsweise Schönheimer Bankverein. In Bankpapieren fand nur ein geringes Geschäft statt. Die anfänglich herabgesetzten Notirungen konnten gegen den Schlus wieder anziehen. Baseler Bankverein 110 Br., Dresdener Handelsbank 106 Br., Hallesche Creditbank 98% bez., Wartshauer Disconto 103 Br., Wiener Arbitrage 111% bez. u. G. Industriestadt nur teilweise fest und belebt, Passage höher und begehrte. Chemnitzer Maschinen, Mannich, Fassfabrik beliebt. Deutsch-Holland, Auges. 60% St. Prior. In Holland allein überzeichnet 101—101½ bez., Möbel-Transport 103 bez. und G., Duxer Kohlen 102½ bez. u. G., 5 p.C. Pfandbriefe des Deutschen Central-Bauvereins 101 bez. u. G., Potsdamer Holzfaktorei (früher Gebr. Saran) 118½ bez. u. G., Essener Kohlenbergwerk 139% bez. und G., Dankberg Osnabrück 106½ bez. u. G., Charlottenb. Auges. 105% bez. und G., Land- und Baumwollfabrik Lüchtersfelde 136% G., Lüchtersfelde Bauverein 107 Br., Kieler Brauerei 98 Br., Dortmund Brauerei 95 Br., Globus 112 bez. und G. (Bank- und H.-Btg.)

[Die Breslauer Handels- und Export-Gesellschaft] hat sich bei dem Bankhaus Manz und Co. Schlesinger in Berlin commandirt und wird mit demselben vom nächsten Jahre an sowohl das Bank- wie das Produktionsgeschäft betreiben.

Berlin, 13. November. [Eisenhütte Marienhütte bei Koenigsw.] In der heutigen hierzu abgehaltenen außerordentlichen General-Versammlung der Actionäre des Eisenhüttenwerks Marienhütte bei Koenigsw., wurde die beantragte Abänderung der §§ 17 und 18 des Statuts genehmigt. Bei der hierauf erfolgten Neuwahl des Aufsichtsrates wurden sämtliche bisherigen Mitglieder derselben wiedergewählt.

Berlin, 13. Nov. [Unterstrubahn.] Die bereits vor längerer Zeit eingeleiteten Verhandlungen über die Ausführung der Unterstrubahn durch die Deutsche Eisenbahnbau-Gesellschaft sind dem Abschluß nahe.

Berlin, 13. Nov. [Niederschlesisch-Märkische Bahn.] Durch mehrere hiesige Blätter ging täglich eine Mittheilung über einen Prozeß, welchen die Stadt Berlin wegen der den Verkehr hindernden Lage des hiesigen Bahnhofes der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn gegen die Direction leitgeannter Bahn angestrengt und gewonnen haben soll, so zwar, daß der Direction die Verpflichtung auferlegt worden wäre, ihren Personenbahnhof und damit im Zusammenhange auch den Güterbahnhof zu verlegen. Diese ganz Utltheilung entgeht, wie die Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn zu constatiren eracht, jeder tatsächlichen Begründung.

Berlin, 13. Nov. [Ungarische Auseihe.] Wiener Blätter berichten, daß bei Abschluß der Ungarischen Auseihe auch das Haus Bleigröder bestellt sei. Der B. B. C. hört, daß dies Haus zwar wegen selbständiger Übernahme der Auseihe unterhandelt, sich aber zurückgezogen hat, also es sich herausstellt, daß seine und seiner Freundschaft Verhüllung nur neben anderen Banken u. s. w. möglich war.

S. Stettin, 13. Novbr. [S. Stettin's Börsenbericht.] Wetter: Nachts und Morgens Sturm mit Regen und Schnee, später leicht bewölkt. Temperatur + 4° R., Barometer 27° 10". Wind: NO. — Weizen fest, pr. 2000 Pfd. loco gelb nach Qual. 50—80 Thlr. bez. pr. November 82—82½ Thlr. bez. pr. Novbr.-Dezbr. 81% Thlr. bez. pr. Frühjahr 82—82½ Thlr. bez. pr. Mai-Juni dito. — Roggen fest und höher, pr. 2000 Pfd. loco rauh. 52½—55 Thlr. bez. inländ. 53—57 Thlr. bez. pr. November 54—54½ Thlr. bez. pr. November-December 54—54½ Thlr. bez. pr. December-Januar 54—54½ Thlr. bez. u. Br. 54% Thlr. Gld. pr. Frühjahr 55—55—55% Thlr. bez. pr. Mai-Juni dito. — Gerste bepflanzt, pr. 2000 Pfd. loco 48—56 Thlr. bez. — Hafer wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 38—46 Th

der Italienischen Rente in Wien gestellt werden könnten, nicht überwindlich sein.

Wien, 13. Nov. [Lemberg-Czernowitz-Jassy-Bahn.] Die „Pr.“ schreibt: Wir haben schon bei Gelegenheit der Verhängung der Sequestrierung über die österreichischen Linien der genannten Bahn gemeldet, daß die Regierung es bei dieser Maßregel nicht beenden lassen, sondern die Schulden enden zur Entschädigung verhalten wolle. So viel uns bekannt ist, haben bereits Verhandlungen in dieser Richtung stattgefunden und hat sich auch der Ministerrat mit dieser Frage beschäftigt; zu einer definitiven Schlussfassung ist die Angelegenheit aber noch nicht gereift. Die Verzögerung der erwarteten Entscheidung dürfte jedoch weniger in einem Mangel an Energie in der Verfolgung der mit der Sequestrierung begonnenen Aktion gegen die Gesellschaft ihren Grund haben, als vielmehr durch die Schwierigkeiten, welche der Durchführung eines Schadensersatz-Prozesses entgegenstehen, veranlaßt sein. Wie wir nämlich bestimmt zu wissen glauben, steht die Aburteilung fest, sowohl die Mittel für eine Reconstruction-Arbeiten, welche durch die ursprüngliche Anlage der Bahn sich als notwendig erweisen und den Schaden, welcher durch die Vernachlässigung der pflichtmäßigen Pflege von Seite des Verwaltungsrathes verursacht worden ist, von den bei dem Bause sowie bei der Verwaltung der Bahn Beteiligten herbeizubringen. Vor Allem erscheint es zu diesem Ende notwendig, den gegenwärtigen Zustand der Bahnbauten durch den gerichtlichen Augenschein zu konstatieren, wo die Bewilligung des Gerichtes erforderlich ist. Ob nun das Gericht den Augenschein sofort und ohne Einbernehmung der Parteien beurteilen wird, bleibt dahingestellt, jedenfalls aber ist der Vollsitz derselben mit großer Schwierigkeit verbunden, welche sich nur noch vergrößern, wenn über die Zulässigkeit des Augenscheins vor Einbringung der Klage die Parteien gehört und über die Frage im langwierigen Instanzenzuge entschieden werden müßte, da es sich um alte Schäden handelt und der Zustand der Bahn schon gegenwärtig mehrfache Aenderungen erfahren hat und täglich erfährt. Eine zweite größere Schwierigkeit in dieser complicirten Rechtsfrage bietet die Frage, wer als Kläger auftreten und gegen wen die Klage gerichtet werden soll, eine Frage, welche schon vor Einreichung des Gesuchs um Bewilligung des Augenscheins gelöst sein muß. Wenn wir recht unterrichtet sind, soll als Kläger die Finanzprocuratur in Vertretung des Aerars aus dem Titel der Staatsgarantie auftreten und das Augenscheinsschicksal gegen den (für die rumänischen Strecken bestehenden) Verwaltungsrath und gegen den Sequester bezüglich der österreichischen Linien, sodann aber auch gegen alle am Bause und an der Verwaltung beteiligten gewesenen Persönlichkeiten gerichtet werden, unter welchen sich daher auch der Nachlass eines gewesenen Verwaltungsrathes befinden müßte. Auf die Frage der Zulässigkeit dieses Vorgehens und der Durchführbarkeit derselben im prozeßualen Wege werden wir, sobald der Beschluß hierüber vorliegt, noch zurückkommen. Heute beschränken wir uns auf die Bemerkung, daß der Weg, auf welchem die Regierung zum Beweise der Verhältnisse verursachten Schadens und der Erfüllung der Pflichten der aus den verschiedensten Gründen zu klagenden Beteiligten gelangen will, jedenfalls ein langer sein wird.

Wien, 13. Novbr. [Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.]
Notenlauf 329,277,540, Abnahme 2,348,020 Fl.
Metallisch 147,530,763, Abnahme 532,000
In Metall zahlbare Wechsel 5,238,326, Abnahme 240,299 "
Staatsnoten, welche der Bank gehörten 1,073,419, Abnahme 170,884 "
Wechsel 162,525,823, Abnahme 2,283,378 "
Lombard 29,559,400, Abnahme 59,100 "
Gingelöste und börsenmäßig angekauften Pfandbriefe 4,073,200, Abnahme 22,800 "

[**Bayerisches Eisenbahn-Anlehen.**] Das bayerische Finanzministerium hat zur Rückzahlung des fünfsprozentigen 1870er Militair-Eisenbahnanlehens 22 Millionen Gulden bestimmt. Die Verlosung findet am 21. November statt; die Wiederanlage in 4% prozentigen Eisenbahnanlehen ist gestattet.

[**Russische Eisenbahnen.**] Nach den Angaben des Ministeriums der Begeverbindungen, welche der „Moskauer Tag.“ zugegangen sind, wird die Längenausdehnung aller dem Betriebe übergebenen Eisenbahnen Russlands am 1. Januar 1873 im Ganzen 13,945 Werst, die der im Bau begriffenen aber 3690 Werst betragen.

[**Danzig-Mława-Warschau.**] Nach zuverlässigen Nachrichten soll der Bau der Marienburg-Mławaer Bahn bestimmt zum Frühjahr beginnen werden. Wie man dem „R. C. A.“ aus Danzig meldet, wird Herr Oberbürgermeister Winter die Direction der Bahn übernehmen. Der Sitz derselben wird in Danzig sein.

[**Eisenbahnyproject Grünberg-Sorau, Bautzen-Löbau.**] In der jüngsten Sitzung des Comités zum Bau dieser Bahn wurde beschlossen, der Bahn folgende Richtung zu geben: Grünberg-Christianstadt-Sorau-Rieschen nach Bautzen und von der Linie Rieschen-Bautzen vielleicht von Młoda aus einen Anschluß nach Löbau herzustellen. Der Vorstand des Comités wurde beauftragt, unverweilt die Concession zu den Vorarbeiten für die projektierte Linie sowohl bei dem preußischen als bei dem sächsischen Ministerium nachzufragen. Die Kosten für die Vorarbeiten, welche gegen 4000 Thlr. betragen, sollen durch Beiträge der beteiligten Kreise und Gemeinden, namentlich der Städte, größerer Grundbesitzer und Fabrikanten aufgebracht und die bereits fertig gestellten, in den Händen der Niederschlesischen Zweigbahngesellschaft liegenden Vorarbeiten von dem Comité energisch reklamirt werden, da die Beitragssummen zum großen Theil von den Mitgliedern derselben getragen werden.

Paris, 11. Nov. [Börse.] Wieder ein Tag der Baisse; man fährt fort, mit Befürchtung nach London hinzuberzudenken, wo man eine neue Binsfuhrhöhung befürchtet. Auch zeigt sich die Börse enttäuscht dadurch, daß die Börschaft Thiers' auf sich warten läßt. Fast alle Werthe sind en baisse auf dem Coursettel notirt. Stark haben vergleichsweise Italiener eingebüßt (40 Cent.)

Berlin, 13. November. Weizen loco 72—92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität, pr. November 82½—½—½ Thlr. bez., November-Dezember 82—82½—81% Thlr. bez., December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-May 81½—82½—81% Thlr. bez., Mai-Juni 82—81½ Thlr. bez., Roggen loco 58—60 Thlr. gefordert, neuer 58—59% Thlr. ab Bahn bez., ordin. alter 55% Thlr. ab Boden bez., pr. November 55—56—55% Thlr. bez., ordin. alter 55% Thlr. ab Boden bez., pr. November 55—56—55% Thlr. bez., December-Januar 55—56—56 Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., April-May 56—56—56 Thlr. bez., Mai-Juni 56—56—56 Thlr. bez. — Rübbel loco 23 Thlr. — Spiritus loco ohne Fas 19 Thlr. 15—10 Sgr. bez., pr. November 18 Thlr. 26—20 Sgr. bez., November-December 18 Thlr. 12—6 Sgr. bez., December-Januar — Thlr. — Sgr. bez., Januar-Februar — Thlr. — Sgr. bez., April-May 18 Thlr. 23—20 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 26—22 Sgr. bez.

Breslau, 14. Novbr., 9½ Uhr Borm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markt war wenig belebt bei mäßigen Zufuhren, Preise ohne Aenderung.

Weizen nur seine Qualitäten verläßlich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7—9½ Thlr., gelber 7—8½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in rubiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 5½—6½ Thlr., feinste Sorte 6½ Thlr. bezahlt.

Gesetz preishaltend, pr. 100 Kilogr. 5½—5½ Thlr., weiße 5½ bis 5% Thlr.

Hafner behauptet, pr. 100 Kilogr. 4½ bis 4½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbse ohne Umsatz, pr. 100 Kilogr. 4½—5% Thlr.

Widen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 4—4½ Thlr.

Lupinen mehr offert, pr. 100 Kilogr. gelbe 3½—3½ Thlr., blaue 3 bis 3½ Thlr.

Bohnen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. schlesische 6—6½ Thlr.

Mais angeboten, pr. 100 Kilogr. 5½—5½ Thlr.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein unverändert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlaglein-kaus 8 5 — 8 20 — 9 2 6

Winter-Kaus 9 27 6 10 7 6 10 12 6

Winter-Käufen 9 12 6 9 27 6 10 5 —

Sommer-Käufen 9 10 — 9 20 — 10 5 —

Leindotter 7 2 6 8 2 6 8 25 —

Käuflichen wenig verändert, schlesische 73—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Leinwand wenig verändert, schlesische 73—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in fester Haltung, rothe 14—16% Sgr. pr. 50 Kilogr.

Weißer 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Kleinfach in f